

DOI: 10.5771/0342-300X-2024-4-273

Europäischer Tarifbericht des WSI – 2023/2024: Reallöhne haben nach Krisenverlusten weiterhin Aufholbedarf

Auch im Jahr 2023 sind die Reallöhne in der Europäischen Union weiter gesunken – trotz anziehenden Wachstums der Nominallöhne und fallender Inflationsraten. Erst für das laufende Jahr zeichnet sich eine langsame Erholung ab. Dies stabilisiert die Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital und stärkt die Binnennachfrage. Aus Sicht der Beschäftigten ist damit die Krise nicht überwunden: Sie haben den Großteil der realen Einkommenseinbußen getragen, die mit dem Energiepreisschock infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine verbunden waren. Aus der nachwirkenden Absenkung des Reallohnlevels ergibt sich für die Lohnpolitik weiterhin Aufholbedarf, um zu einer gerechteren Lastenverteilung zwischen Arbeit und Kapital beizutragen.

THILO JANSSEN, MALTE LÜBKER

1 Einleitung

Nach dem Inflationsschock des Jahres 2022 deutet sich für die Europäische Tarifpolitik vordergründig eine Normalisierung an: Die Inflation geht langsam zurück und dank anziehender Nominallöhne stabilisiert sich die Kaufkraft der Beschäftigten. Doch damit ist der Einbruch der Reallöhne seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine noch nicht ausgeglichen (vgl. Janssen/Lübker 2023). Der diesjährige Europäische Tarifbericht des WSI dokumentiert, wie tief der Einschnitt für die Beschäftigten war und welche weitreichenden Folgen er für die funktionale Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital hatte. Damit steht die Lohnpolitik weiterhin vor der Aufgabe, die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre zu korrigieren und so zu einer gerechteren Lastenverteilung beizutragen.

Der Europäische Tarifbericht widmet sich zunächst den ökonomischen Rahmenbedingungen, der Verfassung des Arbeitsmarktes und der Produktivitäts- und Preisentwicklung (Abschnitt 2). Darauf aufbauend wird die aktuelle Entwicklung der Tariflöhne (3) und der Effektivlöhne (4) analysiert. In Abschnitt 5 wird für die EU-27 und die fünf wichtigsten Volkswirtschaften dargestellt, wie sich die Reallöhne seit 2021 per Saldo entwickelt haben – auch im Vergleich zur letzten Prognose, die die Europäische

Kommission vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine erstellt hat. Der Ausblick widmet sich der systemischen Funktion der Löhne in den verschiedenen Phasen der Inflations- und Wirtschaftskrise und prüft, wie die von Beschäftigten und Gewerkschaften vertretenen Aufholbedarfe bei der Reallohnentwicklung zu bewerten sind (6).

2 Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik

2.1 Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Die Tarifpolitik ist seit einer halben Dekade durch krisenhafte und sich rapide wandelnde ökonomische Rahmenbedingungen geprägt. Die kurze Phase wirtschaftlicher Erholung im Ausklang der Corona-Pandemie wurde durch die Inflationskrise als Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine jäh beendet: Explodierende Energie- und Verbraucherpreise drückten auf den privaten Konsum und erhöhten die Produktionskosten vor allem in den energieintensiven Branchen. Gleichzeitig konnten viele Unternehmen im Kontext steigender Preise ihre Gewinnmargen erhöhen, was seinerseits erheblich zur Binneninflation beitrug. Eine Umverteilung zulasten der Löhne

und zugunsten der Kapitaleinkommen war die Folge (vgl. Janssen/Lübker 2023). Stagnierender privater Konsum, eine von Unsicherheitserwägungen getriebene erhöhte private Sparquote und zurückgehaltene Investitionen angesichts der restriktiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) prägten das Wirtschaftsgeschehen der vergangenen Jahre – mit entsprechenden Folgen für die Wirtschaftsleistung (Europäische Kommission 2024).

Während im Zuge der Öffnungen nach den Corona-Restriktionen im Jahr 2022 das BIP in den Ländern der EU im Durchschnitt noch um 3,5 % wuchs, brach das Wachstum 2023 deutlich auf 0,4 % ein (*Tabelle 1*). Zur wirtschaftlichen Abkühlung trug auch die Erhöhung des Leitzinses durch die EZB bei, der im September 2023 mit 4,5 % den höchsten Wert seit über 20 Jahren erreichte und Anfang Juni 2024 geringfügig auf 4,25 % gesenkt wurde. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich das BIP der EU-Länder 2023 heterogen. In Westeuropa schrumpfte die stark zyklisch geprägte Wirtschaft Irlands um ganze 3,2 %, verursacht durch die schwache Entwicklung in einigen von multinationalen Konzernen dominierten Branchen (Europäische Kommission 2024, S. 88). In Deutschland und Österreich verringerte sich das BIP um 0,3 bzw. 0,8 %, u. a. aufgrund sinkender Bauinvestitionen (Dullien et al. 2024, S. 10). Belgiens Wirtschaft legte hingegen leicht um 1,4 % zu, getragen u. a. vom privaten Konsum, der von der automatischen Indexierung von Löhnen und Sozialleistungen gestützt wird (Europäische Kommission 2024, S. 82; vgl. Abschnitt 3.2). Frankreich stagnierte mit einem kleinen Plus von 0,7 % weitgehend, da etwa zurückhaltende Investitionen das Wachstum bremsen (ebd., S. 94).

In Nordeuropa gab das finnische BIP um 1,0 % nach, während die dänische Wirtschaft um 1,9 % wuchs. Ein ähnlich heterogenes Bild zeigt sich in Osteuropa. In Estland schrumpfte das BIP um 3,0 %, während es in Kroatien um 3,1 % zulegte. In Polen (0,2 %) stagnierte das BIP, bedingt durch eine weiterhin zurückhaltende Konsumnachfrage (ebd., S. 132). Nur in Südeuropa konnten fast alle Volkswirtschaften 2023 mit Raten um die 2 % wachsen. Spanien (2,5 %) profitierte beispielsweise von einer fortgesetzt günstigen Arbeitsmarktentwicklung und damit einhergehenden privaten Konsumausgaben, steigenden Nettoexporten und öffentlichen Ausgaben (ebd., S. 92). Ausreißer in beide Richtungen sind in Südeuropa das verhaltene Wachstum in der größten Volkswirtschaft Italien (0,9 %), das u. a. von größeren öffentlichen Investitionen in die energetische Gebäudesanierung getragen wird (ebd. S. 98), und der fortgesetzte Boom im kleinen Malta (5,6 %), der u. a. von einer Expansion des Tourismus und des Exports von Elektronik- und Unterhaltungsprodukten sowie Finanzdienstleistungen profitiert (ebd., S. 108).

Im laufenden Jahr 2024 wirken die straffe Geldpolitik der EZB, Nachlaufeffekte der hohen Energiekosten, aber auch geplante fiskalische Sparmaßnahmen weiterhin dämpfend auf das Wirtschaftswachstum in der EU (IWF 2024). Mit der Ausnahme Estlands, für dessen Volkswirtschaft die

Europäische Kommission einen BIP-Rückgang um 0,5 % prognostiziert, ist der Ausblick für alle anderen EU-Länder jedoch wieder leicht positiv. Weitgehend stagnieren werden voraussichtlich die nord- und westeuropäischen Industrienationen Deutschland (0,1 %), Finnland (0,0 %), Schweden (0,2 %) und Österreich (0,3 %). Nach Einschätzung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) wirkt sich in Deutschland neben der weiterhin restriktiven Geldpolitik der EZB vor allem die restriktive Haushaltspolitik der Bundesregierung wachstumsbremsend aus (Dullien et al. 2024). In Frankreich verhardt das BIP-Wachstum wie im Vorjahr bei 0,7 %. Etwas besser sieht es im Süden und Osten der EU aus: Griechenland (2,2 %) und Spanien (2,1 %) können der Vorausschau nach wachsen, ebenso Polen (2,8 %), Rumänien (3,3 %) oder Kroatien (3,3 %).

2.2 Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in der EU-27 ist weiterhin von Beschäftigungswachstum vor allem im Dienstleistungsbereich und von Arbeitskräfteknappheit in vielen Branchen geprägt. Im letzten Viertel des Jahres 2023 verzeichnete das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) mit einer Beschäftigungsquote von 75,3 % bei den 20- bis 64-Jährigen einen neuen Rekord (Europäische Kommission 2024, S. 33). Viele Unternehmen halten ihre Arbeitskräfte trotz schwacher Auftragslage, um bei einem Konjunkturaufschwung über die benötigten Arbeitskräfte verfügen zu können (ebd., S. 34). Deutschland (Arbeitslosenquote: 3,1 %) gehörte 2023 zusammen mit Polen (2,8 %) und Tschechien (2,6 %) zu den EU-Ländern, in denen nahezu Vollbeschäftigung herrschte (*Tabelle 1*). Die gute Lage am deutschen Arbeitsmarkt spiegelt sich auch im seit 2018 erhobenen Arbeitskräfteknappheits-Index des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wider: Diese befand sich in den Monaten Februar bis Juni 2023 auf einem historischen Höchststand, hat jedoch seitdem etwas nachgegeben (IAB 2024).

Insgesamt geht die Europäische Kommission sowohl für das Jahr 2023 als auch für 2024 von einer weiterhin niedrigen Arbeitslosenquote von 6,1 % in den Ländern der EU-27 aus. Besonders in einigen nord- und westeuropäischen Industrieländern – mit Ausnahme Deutschlands – ist 2024 jedoch mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Dem steht ein Rückgang in den Ländern mit den höchsten Arbeitslosenquoten in der EU gegenüber: Griechenland (von 11,1 % 2023 auf 10,3 % 2024) und Spanien (von 12,2 % 2023 auf 11,6 % 2024). Beide Länder leiden weiterhin unter den Spätfolgen der Eurokrise, die durch eine nur schrittweise Senkung der Arbeitslosenquoten gekennzeichnet sind. Die Normalisierung auf den Arbeitsmärkten der beiden Länder trägt dazu bei, dass die Streuung bei den Arbeitslosenquoten innerhalb der EU langsam zurückgeht (Europäische Kommission 2024, S. 33).

TABELLE 1

Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, 2021–2024^A

Angaben in Prozent

	Bruttoinlandsprodukt ^B				Arbeitslosigkeit ^C			
	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Nordeuropa								
Dänemark	6,8	2,7	1,9	2,6	5,1	4,5	5,1	5,6
Finnland	2,8	1,3	–1,0	0,0	7,7	6,8	7,2	7,4
Schweden	6,1	2,7	–0,2	0,2	8,9	7,5	7,7	8,4
Westeuropa								
Belgien	6,9	3,0	1,4	1,3	6,3	5,6	5,5	5,6
Deutschland	3,2	1,8	–0,3	0,1	3,7	3,1	3,1	3,1
Frankreich	6,4	2,5	0,7	0,7	7,9	7,3	7,3	7,7
Irland	15,1	9,4	–3,2	1,2	6,2	4,5	4,3	4,4
Luxemburg	7,2	1,4	–1,1	1,4	5,3	4,6	5,2	5,8
Niederlande	6,2	4,3	0,1	0,8	4,2	3,5	3,6	3,9
Österreich	4,2	4,8	–0,8	0,3	6,2	4,8	5,1	5,3
Südeuropa								
Griechenland	8,4	5,6	2,0	2,2	14,7	12,5	11,1	10,3
Italien	8,3	4,0	0,9	0,9	9,5	8,1	7,7	7,5
Malta	12,5	8,1	5,6	4,6	3,8	3,5	3,1	3,0
Portugal	5,7	6,8	2,3	1,7	6,7	6,2	6,5	6,5
Spanien	6,4	5,8	2,5	2,1	14,9	13,0	12,2	11,6
Zypern	9,9	5,1	2,5	2,8	7,5	6,8	6,1	5,6
Osteuropa								
Bulgarien	7,7	3,9	1,8	1,9	5,3	4,2	4,3	4,3
Estland	7,2	–0,5	–3,0	–0,5	6,2	5,6	6,4	7,4
Kroatien	13,0	7,0	3,1	3,3	7,6	7,0	6,1	5,8
Lettland	6,7	3,0	–0,3	1,7	7,6	6,9	6,5	6,5
Litauen	6,3	2,4	–0,3	2,0	7,1	6,0	6,9	7,0
Polen	6,9	5,6	0,2	2,8	3,4	2,9	2,8	3,0
Rumänien	5,7	4,1	2,1	3,3	5,6	5,6	5,6	5,5
Slowakei	4,8	1,9	1,6	2,2	6,8	6,1	5,8	5,4
Slowenien	8,2	2,5	1,6	2,3	4,8	4,0	3,7	3,7
Tschechien	3,6	2,4	–0,3	1,2	2,8	2,2	2,6	2,8
Ungarn	7,1	4,6	–0,9	2,4	4,1	3,6	4,1	4,5
EU-27	6,0	3,5	0,4	1,0	7,1	6,2	6,1	6,1

^A Angaben für 2024: Prognose der Europäischen Kommission^B Bruttoinlandsprodukt = Veränderung des realen BIP in % gegenüber dem Vorjahr^C Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition)

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2024)

WSI Mitteilungen

2.3 Produktivitätsentwicklung,**BIP-Deflator und Verteilungsspielraum**

Gewerkschaftliche Tarifpolitik orientiert sich maßgeblich am Verteilungsspielraum, der sich aus der Entwicklung der Produktivität und der Preise ableitet (Destatis 2024a; Lübker/Schulten 2017, S. 422). Aus den beiden Kennzahlen ergibt sich der Rahmen für Lohnsteigerungen, bei dessen Ausschöpfung die funktionale Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit weder in die eine noch in die

andere Richtung verschoben wird. Der Verteilungsspielraum ist jedoch nicht allein ausschlaggebend für tarifpolitische Strategien und Handlungsmöglichkeiten. So stärkt der Arbeits- und Fachkräftemangel in vielen Branchen die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften tendenziell, insbesondere wenn die Reichweite von Tarifverträgen institutionell gestützt wird (vgl. Bispinck et al. 2023; Schulten 2023, S. 3; Fuest/Jäger 2023).

In der EU-27 sank die Arbeitsproduktivität im Jahr 2023 um 0,7 % (Tabelle 2), worin sich das stagnierende BIP

bei weiterer Zunahme der Beschäftigung spiegelt (Arce/Sondermann 2024). Im Zuge des von der Europäischen Kommission erwarteten Aufwärtstrends des BIP wird im laufenden Jahr auch mit einem leichten Anstieg der Produktivität um 0,5 % gerechnet. Für 2025 prognostiziert die Kommission einen Wert von 1,2 % (nicht tabellarisch ausgewiesen). Damit dürfte sich die Entwicklung der Arbeitsproduktivität wieder dem langfristigen Trendwachstum

von rund 1 % annähern, das etwa von der EZB für entwickelte Volkswirtschaften angesetzt wird (Europäische Kommission 2024, S. 37; Lopez-Garcia/Szörfi 2021, S. 93f.).

Auch für die Preisentwicklung zeichnet sich nach dem Inflationsschub des Jahres 2022 eine Normalisierung ab. Dies gilt sowohl für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) (Tabelle 3) als auch für den BIP-Deflator (Tabelle 2). Der Europäische Tarifbericht greift auf

TABELLE 2

Arbeitsproduktivität, Preisentwicklung der inländischen Wertschöpfung und Verteilungsspielraum in der Europäischen Union, 2021–2024^A

Angaben in Prozent

	Arbeitsproduktivität ^B				BIP-Deflator ^C				Verteilungsspielraum ^D			
	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Nordeuropa												
Dänemark	4,4	-1,0	0,4	2,8	2,9	8,1	-3,5	2,2	7,4	7,0	-3,1	5,1
Finnland	0,6	-2,1	-1,6	0,1	2,4	5,4	4,8	1,8	3,1	3,2	3,1	1,9
Schweden	4,9	-0,1	-1,6	0,5	2,6	6,0	5,6	2,6	7,7	6,0	3,9	3,2
Westeuropa												
Belgien	4,9	0,9	0,6	0,8	3,2	5,9	4,1	2,5	8,2	6,9	4,7	3,4
Deutschland	3,0	0,4	-1,0	-0,2	3,0	5,3	6,6	3,6	6,1	5,7	5,5	3,3
Frankreich	3,5	-0,2	-0,4	0,5	1,4	2,9	5,5	2,8	5,0	2,8	5,1	3,3
Irland	8,6	2,6	-8,2	-0,3	0,5	6,6	3,0	2,6	9,1	9,4	-5,4	2,2
Luxemburg	4,2	-1,9	-3,3	0,0	4,6	5,7	3,4	4,0	9,0	3,7	0,1	4,0
Niederlande	4,1	0,4	-1,4	0,1	2,9	5,5	7,8	3,7	7,2	5,9	6,2	3,9
Österreich	2,2	2,1	-1,7	-0,1	2,1	5,3	7,6	4,1	4,3	7,5	5,7	4,0
Südeuropa												
Griechenland	7,1	3,0	1,0	1,2	1,5	7,8	4,5	3,0	8,6	11,0	5,6	4,3
Italien	7,4	2,2	-0,9	0,2	1,3	3,6	5,3	2,2	8,7	5,8	4,3	2,4
Malta	9,4	1,9	-0,9	0,4	2,0	5,3	5,3	3,6	11,6	7,3	4,4	4,1
Portugal	3,7	5,2	1,4	0,7	1,9	5,0	7,1	2,6	5,7	10,5	8,6	3,3
Spanien	4,0	3,0	-0,7	0,0	2,7	4,1	5,9	3,3	6,8	7,3	5,2	3,3
Zypern	6,5	2,0	1,0	1,4	2,7	6,1	4,7	3,7	9,4	8,2	5,7	5,2
Osteuropa												
Bulgarien	7,5	4,3	0,9	2,4	7,1	16,2	7,5	3,3	15,1	21,2	8,4	5,8
Estland	7,1	-4,8	-6,0	0,0	6,0	16,1	7,9	3,8	13,5	10,5	1,4	3,8
Kroatien	11,7	4,6	0,4	1,3	2,1	8,6	8,5	5,5	14,1	13,5	8,9	6,9
Lettland	9,5	0,2	-0,3	1,4	3,8	11,8	5,4	4,2	13,7	12,0	5,0	5,7
Litauen	5,0	-2,5	-1,8	1,8	6,5	16,6	7,1	2,2	11,9	13,7	5,2	4,1
Polen	4,3	1,7	0,0	2,8	5,3	10,6	10,7	4,5	9,8	12,5	10,8	7,5
Rumänien	4,9	4,0	3,0	2,7	5,4	13,2	12,2	7,3	10,6	17,7	15,6	10,2
Slowakei	5,4	0,1	1,3	2,0	2,4	7,5	10,1	4,6	7,9	7,6	11,6	6,7
Slowenien	6,8	-0,4	0,4	1,7	2,7	6,5	8,9	3,3	9,7	6,0	9,3	5,1
Tschechien	3,2	0,8	-1,1	1,0	3,3	8,5	8,6	2,6	6,6	9,5	7,4	3,6
Ungarn	5,8	3,0	-1,1	2,3	6,4	14,2	14,7	5,3	12,6	17,6	13,5	7,7
EU-27	4,5	1,2	-0,7	0,5	2,5	5,4	6,2	3,2	7,1	6,7	5,4	3,7

A Angaben für 2024: Prognose der Europäischen Kommission

B Arbeitsproduktivität = Reales BIP pro Erwerbstätigem, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (Personenkonzept, nicht arbeitszeitbereinigt)

C BIP-Deflator = aus dem Unterschied zwischen nominaler und realer Entwicklung des BIPs abgeleiteter Preisindex

D Verteilungsspielraum = Produkt aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung (basierend auf dem BIP-Deflator)

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2024); Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

beide Preisindizes zurück, da sie verschiedene Perspektiven widerspiegeln. Für die Kaufkraft der Löhne ist die Entwicklung der Verbraucherpreise ausschlaggebend (siehe Abschnitt 4.1). Um zu analysieren, wie der produzierte Mehrwert zwischen Arbeit und Kapital verteilt wird, ist der BIP-Deflator geeigneter. Er ist unabhängig von der Entwicklung der Importpreise und kann aus dem Verhältnis zwischen dem nominalen und dem realen BIP in einer Volkswirtschaft abgeleitet werden.

Damit bildet der BIP-Deflator die Preisentwicklung der inländischen Wertschöpfung ab und eignet sich deshalb besser, um den Spielraum für verteilungsneutrale Lohnsteigerungen zu bestimmen: Erhöhen sich die Nominallöhne genau in dem aus Produktivitätsentwicklung und BIP-Deflator berechneten Rahmen, bleibt die Lohnquote konstant, d.h. die funktionale Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit ändert sich nicht.¹ Würde der HVPI als Faktor in die Rechnung einbezogen, könnten sich abweichende Werte ergeben, da sich HVPI und BIP-Deflator nicht automatisch parallel zueinander bewegen. Dies war etwa im Jahr 2022 der Fall (siehe Tabelle 2 und 3), als gestiegene Importpreise die Verbraucherpreise wesentlich beeinflusst haben (Lübker/Janssen 2022, S.323).

Im Jahr 2023 erreichte der BIP-Deflator für die EU-27 einen Höchststand von 6,2%, was unter Berücksichtigung der rückläufigen Arbeitsproduktivität zu einem rechnerischen Verteilungsspielraum von 5,4% führt. Für das laufende Jahr wird ein Rückgang des BIP-Deflators auf 3,2% und des rechnerischen Verteilungsspielraums auf 3,7% prognostiziert (Tabelle 2).² In Deutschland bewegt sich der Verteilungsspielraum mit 5,5% für 2023 und voraussichtlichen 3,3% im Jahr 2024 nahe dem europäischen Durchschnitt. Wenngleich auch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität Schwankungen unterworfen ist, wird der Verteilungsspielraum weiterhin von der Preisbewegung dominiert. Die Berechnung zeigt, dass besonders im Jahr 2023 hohe Nominallohnsteigerungen notwendig gewesen sind, um die funktionale Einkommensverteilung zu stabilisieren. Für das Jahr 2024 wird unter der Voraussetzung eines weiter rückgängigen BIP-Deflators bei nur leichten Produktivitätsgewinnen der verteilungsneutrale Spielraum für Lohnsteigerungen deutlich kleiner – wobei durch die Unterausschöpfung des Verteilungsspielraums in den Vorjahren bei den Löhnen aktuell noch Aufholbedarf besteht (siehe Abschnitt 4.2).

3 Die Entwicklung der Tariflöhne

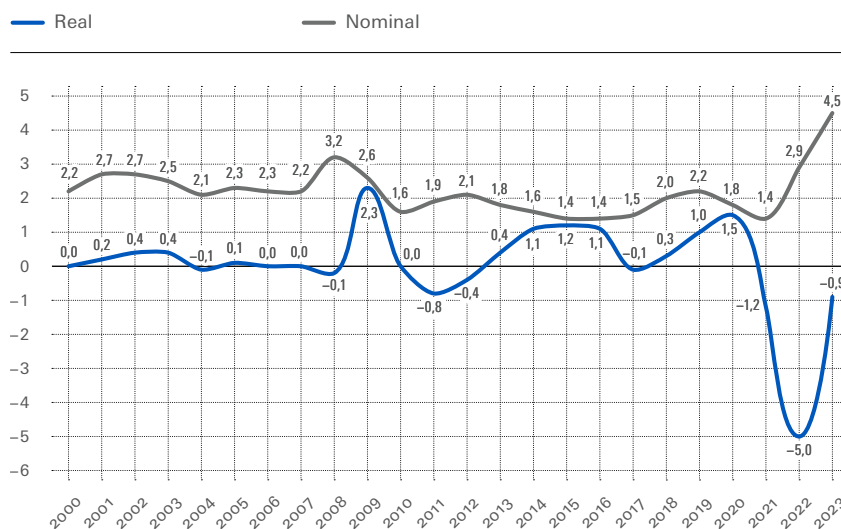
3.1 Der EZB-Tariflohnindikator

Der Tariflohnindikator der EZB bildet die Ergebnisse von Tarifverhandlungen in der Euro-Währungsunion ab. Er greift auf nicht-harmonisierte Daten aus neun Ländern zurück, die zusammen 94% der Arbeitnehmerentgelte im Euro-Raum repräsentieren (Górnicka/Koester 2024, S.9ff.). Nachdem der EZB-Indikator auf inflationsbereinigter Basis für das Jahr 2022 einen historischen Verlust von 5,0% zeigt, konnten die Gewerkschaften im Jahr 2023 deutliche nominale Tariflohnsteigerungen von durchschnittlich 4,5% durchsetzen. Aufgrund der weiterhin hohen Preissteigerungsraten konnten die Kaufkraftverluste jedoch nicht vollständig kompensiert werden, sodass die realen Tariflöhne 2023 (–0,9%) das dritte Jahr in Folge zurückgingen (Abbildung 1).

ABBILDUNG 1

Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2000–2023

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



Anmerkung: Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)

Quelle: Europäische Zentralbank (Tariflöhne) und AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2024) (HVPI); Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

1 Die nominalen Entgelte pro Arbeitnehmer*in erhöhen sich also im gleichen Umfang wie die nominale Wertschöpfung pro Beschäftigtem. Aufgrund des Bereinigungsverfahrens können sich ggf. residuale Abweichungen in der bereinigten Lohnquote ergeben, wenn sich der Anteil der Arbeitnehmer*innen an allen Beschäftigten (also inkl. Selbstständigen) verändert.

2 Jede wirtschaftliche Prognose unterliegt großen Unsicherheiten, bestimmt von externen Faktoren (u. a. Wahlen in den USA, Kriege in der Ukraine und Nahost und damit verbundene Handelsrisiken, Ölpreisentwicklung) und internen Faktoren (u. a. Entwicklung der privaten Konsumnachfrage, fiskalpolitische Entscheidungen der EU-Mitgliedstaaten, auf Klimawandel bezogene Risiken) (Europäische Kommission 2024, S. 53f.).

Eine Analyse der vierteljährlichen Daten zeigt, dass über das gesamte Jahr 2023 hinweg mit jeweils mehr als 4 % deutlich höhere Tarifsteigerungen in Kraft getreten sind als noch im Vorjahr (Abbildung 2). War das 4. Quartal 2022 noch von einer deutlich positiven Lohndrift gekennzeichnet (die Effektivlöhne steigen schneller als die Tariflöhne – siehe unten), kehrt sich dieser Effekt mit dem Neuabschluss vieler Tarifverträge vor dem Hintergrund der hohen Inflation 2023 um. Der Einbruch der realen Tariflöhne auf dem Höhepunkt der Inflationskrise setzte die Gewerkschaften unter Druck, die Kaufkraftverluste ihrer Mitglieder zu kompensieren. Arbeits- und Fachkräftemangel führen gleichzeitig dazu, dass Gewerkschaften in vielen Branchen aus einer Position der Stärke verhandeln können (Schulten/WSI-Tarifarchiv 2024; Lesch 2024; Fuest/Jäger 2023). Deshalb schlagen nun Nachholeffekte aufgrund der inflationsbedingten Verluste im Vorjahreszeitraum und tariflich vereinbarte Sonderzahlungen zu Buche (Holton/Koester 2024; Deutsche Bundesbank 2023, S. 29). Dieser Effekt könnte sich aufgrund der temporären Natur von Sonderzahlungen wie in Italien, den Niederlanden und Deutschland bald wieder abschwächen (Lesch 2024; Müller et al. 2024, S. 91).

Auch bei den Effektivlöhnen, also den tatsächlich gezahlten Stundenlöhnen inklusive außertariflicher Zulagen, zeigt sich am aktuellen Rand eine deutliche Steigerung – wobei bereits im 4. Quartal 2022 ein Wachstum

oberhalb der 5%-Marke zu verzeichnen ist. Hintergrund hierfür sind die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht durchgängig tarifvertraglich vereinbarten Sonderzahlungen (wie die Inflationsausgleichsprämie in Deutschland), die viele Unternehmen auf dem Höhepunkt der Inflationskrise ausgezahlt haben (Holton/Koester 2024; Deutsche Bundesbank 2023, S. 29). Im 4. Quartal 2023 fallen die Effektivlohnsteigerungen aufgrund der höheren Vergleichsbasis im Vorjahresquartal entsprechend niedriger aus, sodass hier der Anschein einer negativen Lohndrift erzeugt wird.

Für die Zukunft prognostiziert die EZB weiterhin steigende Tariflöhne, wenn auch mit rückläufiger Tendenz. Für das laufende Jahr 2024 geht sie von einem Tariflohnwachstum von 4,5 % aus, das sich dann 2025 (3,6 %) und 2026 (3,0 %) weiter abschwächt (EZB 2024, S. 23). Mit der mittelfristigen Annäherung an die 3%-Marke würde die Tariflohnentwicklung wieder mit dem Szenario konvergieren, das nach Ansicht der EZB bei einem angenommenen Trendwachstum der Arbeitsproduktivität von 1 % mit dem Inflationsziel von 2 % vereinbar ist (Lane 2024). Die EZB-Prognosen basieren u. a. auf dem *Forward-Looking Wage Tracker* der EZB, der anhand von bereits vereinbarten, zukünftigen Stufenerhöhungen in Tarifverträgen aus sieben Euro-Ländern einen Ausblick auf die künftige Tarifentwicklung erlaubt (Górnicka/Koester 2024).

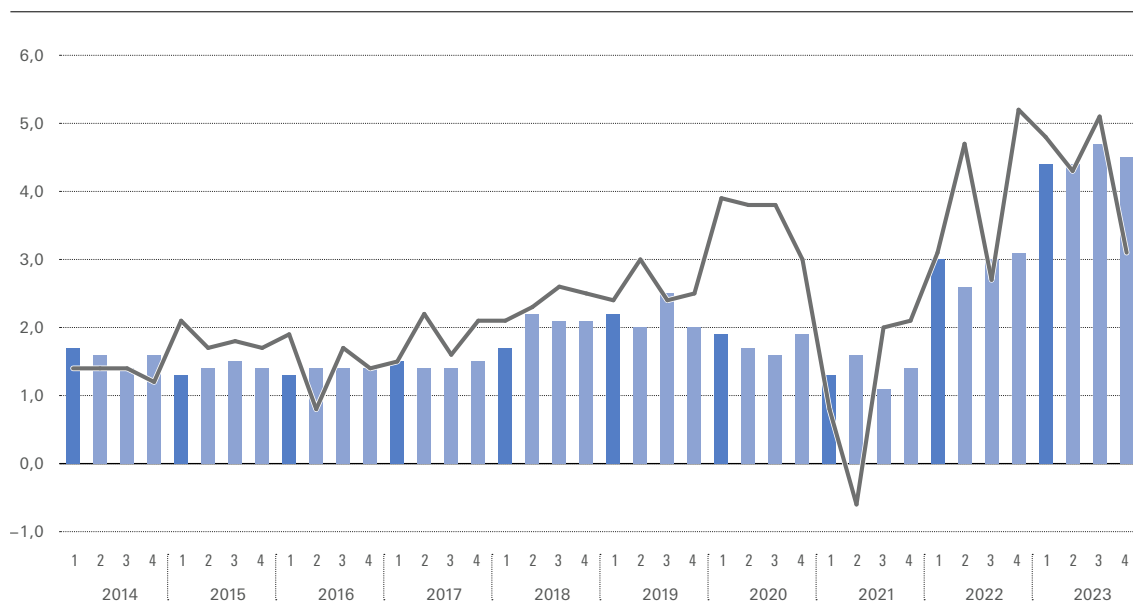
ABBILDUNG 2

Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne in der Euro-Zone, 2014–2023

Veränderungen zum Vorjahresquartal in Prozent

■ Tariflöhne

— Effektivlöhne



Anmerkung: Effektivlöhne beziehen sich auf NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S (d. h. Gesamtwirtschaft ohne Landwirtschaft, ohne private Haushalte als Arbeitgeber und ohne extraterritoriale Organisationen) ohne Berücksichtigung der Lohnnebenkosten. Die Daten sind kalenderbereinigt, aber nicht saisonbereinigt.

Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

3.2 Die Tariflohnentwicklung in ausgewählten EU-Staaten

Neben der EZB erhebt auch die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) Daten zur Entwicklung der Tariflöhne in den EU-Ländern. Die bei Redaktionsschluss für 2023 vorab verfügbaren Eurofound-Daten³ aus sieben westeuropäischen Volkswirtschaften zeigen ein differenziertes Bild der Tariflohnentwicklung (*Abbildung 3*): Während in Österreich (7,6 %), den Niederlanden (6,9 %) und Deutschland (5,5 %)⁴ überdurchschnittliche Steigerungen der nominalen Tariflöhne zu verzeichnen sind (Finnland liegt mit 5,0 % knapp unterhalb des Durchschnitts), fallen die Steigerungen in Schweden (3,7 %), Spanien (3,5 %) und Italien (3,1 %) moderat aus. Für Frankreich, die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU, lagen bei Redaktionsschluss noch keine Eurofound-Daten vor. Die Französische Nationalbank berichtet von einem Wachstum der nominalen Tariflöhne von rund 5 % für das Jahr 2023. Für das laufende Jahr 2024 geht sie auf Grundlage bereits erfolgter Tarifabschlüsse von einem moderaten Wachstum von 3,5 % aus (Baudry et al. 2024).

Von den in *Abbildung 3* ausgewiesenen EU-Ländern konnten nur die Beschäftigten in den Niederlanden (2,7 %) signifikante reale Tariflohngewinne verzeichnen. In Finnland (0,6 %) und Spanien (0,1 %) sind die Steigerungen für die Beschäftigten dagegen kaum spürbar. In Schweden und Italien waren auch 2023 reale Tariflohnverluste von mehr als 2 % zu verzeichnen, in Deutschland von 0,5 %. Interessant ist der belgische Fall (nicht ausgewiesen), da das Land über ein System der automatischen Lohnindexierung verfügt (EZB 2008; De Spiegelaere 2023, S. 4). Die Indexierung sorgt dafür, dass tarifvertraglich vereinbarte Arbeitnehmerentgelte automatisch an die Preisentwicklung angepasst werden und damit auf realer Basis stabil bleiben.⁵

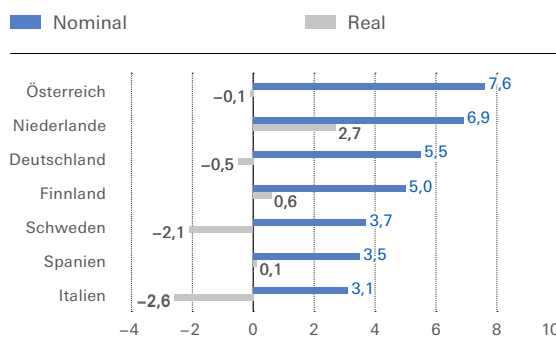
Betrachtet man die Entwicklung der Tariflöhne über einen längeren Zeitraum, so ergeben sich für die hier be-

trachteten Länder von 2015 bis 2020 per Saldo reale Zugewinne – die allerdings von einem geringfügigen Wachstum von 1,0 % in Finnland bis zu einer deutlichen Zunahme um 7,1 % in Deutschland reichen (*Abbildung 4*). Mit den Krisenentwicklungen kehrte sich dieser Prozess in den Folgejahren jedoch um: Aufgrund der hohen Preissteigerungsraten sanken die realen Tariflöhne in allen betrachteten Ländern deutlich und fielen durchgängig unter das Niveau von 2015. Im Falle Italiens – wo die Tariflöhne auch bis 2020 nur sehr langsam gewachsen sind – beträgt der reale Rückgang seit 2015 fast ein Zehntel (9,5 %), aber auch in Deutschland liegt das reale Tarifniveau noch 0,8 % unterhalb des Ausgangsniveaus des Jahres 2015. Wenn statt der hier verwendeten Zahlen des WSI-Tarifarchivs der Tarifindex von Destatis verwendet wird, fällt der Rückgang deutlicher aus: Auf dieser Datenbasis sind die

ABBILDUNG 3

Entwicklung der Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2023^A

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



A Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daten teilweise noch vorläufig.

Quelle: Eurofound (2024); AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2024); Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

3 Während diese Daten bisher über die EurWork-Datenbank verfügbar waren, werden sie künftig in den Länderberichten „Developments in working life“ veröffentlicht (Eurofound 2024). Wir danken Mária Sedláková und Christine Aumayr-Pintar von Eurofound, die uns für das Jahr 2023 freundlicherweise vorab Daten zur Tariflohnentwicklung zur Verfügung gestellt haben.

4 Die von Eurofound genutzten Daten für Deutschland entstammen dem Tarifpolitischen Jahresbericht des WSI-Tarifarchivs (Schulten/WSI-Tarifarchiv 2024). Sie weichen von den Daten des Statistischen Bundesamts (Destatis) ab. Destatis meldet für das Jahr 2023 ein Wachstum der Tariflöhne um 3,7 % (Destatis 2024b). Die Differenz erklärt sich durch unterschiedliche Berechnungsmethoden. In die Berechnungsgrundlage des WSI-Tarifarchivs fließen nur die tatsächlich abgeschlossenen Tarifverträge ein (Schulten/

WSI-Tarifarchiv 2024, S. 9f.). Destatis bildet dagegen einen Index mit einer Grundgesamtheit aus ausgewählten Vergütungsgruppen. Das bedeutet, dass Tarifbereiche, deren Verträge ausgelaufen sind und die im betreffenden Jahr noch keinen neuen Tarifvertrag abgeschlossen haben, mit einer Tarifsteigerung von 0 % eingerechnet werden. Dies reduziert die durchschnittliche Erhöhung (vgl. Destatis 2021, S. 8).

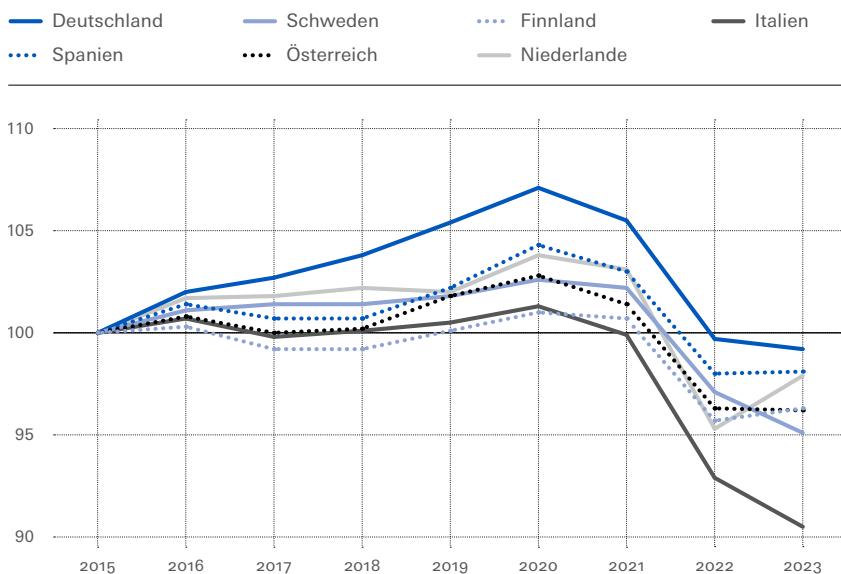
5 Maßstab für die Teuerungsrate ist der sog. „Gesundheitsindex“, der im Wesentlichen aus dem nationalen Verbraucherpreisindex unter Ausschluss von Alkohol und Tabakwaren sowie Mineralölprodukten gebildet wird. Der Europäische Tarifbericht legt dagegen im Sinne der Vergleichbarkeit den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI, Tabelle 3) zugrunde.

tariflichen Monats- und Stundenverdienste unter Berücksichtigung von Sonderzahlungen verglichen mit 2015 real um jeweils 3,4 % gesunken.⁶

ABBILDUNG 4

Entwicklung der realen Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2015–2023^A

Index, 2015 = 100



A Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daten teilweise noch vorläufig.

Quelle: Eurofound (2024); AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2024); Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

Da Tarifverträge nur einen Teil der Beschäftigten erfassen – rund 60 % im EU-Durchschnitt (Eurofound 2022) –, ist für einen großen Teil der Beschäftigten am unteren Ende der Einkommensskala die Existenz und Höhe von Mindestlöhnen entscheidend. Ärmere Bevölkerungsteile wenden einen höheren Anteil ihres Einkommens für Grundbedarfe wie Lebensmittel und Energie auf – jene Waren, die sich 2022 und 2023 besonders stark verteuerten (Bellon/Gnewuch 2023). Vor diesem Hintergrund ist es für die Betroffenen ein gutes Zeichen, dass die Mindestlöhne in der EU sich 2023 stärker erhöht haben als die Tariflöhne. Laut WSI-Mindestlohnbericht (Lübker/Schulten 2024) sind die Mindestlöhne zum 1. Januar 2024 im EU-Median nominal um 9,7 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen, was einer realen Lohnsteigerung von 2,5 % entspricht. Jedoch nicht in allen EU-Ländern wurden die Mindestlohnempfänger*innen vor realen Einkommensverlusten bewahrt. In Deutschland fiel der nominale Zugewinn 2023 mit 3,4 % gering aus, nach einem deutlichen Plus von 22,2 % im Vorjahr (aufgrund der gesetzlichen Anhebung des Mindestlohns auf 12 € zum 1. Oktober 2022).

4 Die Entwicklung der Effektivlöhne

4.1 Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen

Tarifvertraglich vereinbarte Lohnuntergrenzen machen nur einen Teil der tatsächlich ausgezahlten Löhne aus. Daten zu Effektivlöhnen enthalten darüber hinaus außer- und übertarifliche Lohnbestandteile und umfassen zudem auch den wachsenden Anteil von Beschäftigten, der in nicht-tarifgebundenen Betrieben arbeitet. Der Europäische Tarifbericht approximiert die Effektivlöhne als Arbeitnehmerentgelte, rechnet also auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung mit ein. Die der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission entnommenen Werte in *Tabelle 3* zeigen die Entwicklung der Nominallöhne auf Personenbasis und des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daraus wird die Entwicklung der (preisbereinigten) Reallöhne abgeleitet.

Nach der Stagnation im Pandemie-Jahr 2020 haben die *Nominallöhne* Jahr um Jahr im EU-Durchschnitt um mehr als 4 % zugelegt; allein 2023 stiegen sie um 5,7 %. Die höchsten Zuwachsraten steuert Osteuropa bei: In neun von elf osteuropäischen Ländern lagen die Werte 2023 oberhalb der Marke von 10 %, angeführt von Rumänien (18,2 %), Ungarn (14,0 %) und Polen (13,4 %). Bereits im Europäischen Tarifbericht 2022/2023 wurde darauf hingewiesen, dass überdurchschnittlich hohe Nominallohnzuwächse Stabilitätsrisiken bergen können, wenn sie nicht durch entsprechende Produktivitätszuwächse (*Tabelle 2*) unterlegt sind (Janssen/Lübker 2023, S. 288; Herzog-Stein/Stein 2023). Anders als die drei baltischen Staaten, in denen die Nominallöhne 2023 ebenfalls im zweistelligen Bereich stiegen, sind die oben genannten Länder jedoch nicht Teil der Eurozone und verfügen deshalb mit dem Wechselkurs über einen zusätzlichen Anpassungsmechanismus, um ggf. ihre externe Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. In den anderen Teilen des Kontinents fielen die Zuwächse im vergangenen Jahr deutlich moderater aus. Die größten Volkswirtschaften – Deutschland (5,8 %), Frankreich (4,1 %), Italien (2,4 %) und Spanien (5,4 %) – bewegten sich um den oder unter dem Durchschnitt.

Nach dem „Inflationsschock“ des Jahres 2022 mit einem HVPI-Wert von 9,2 % stiegen die *Verbraucherpreise* im Jahr 2023 im EU-Durchschnitt abermals um 6,4 %. Im Jahresverlauf fiel die Inflationsrate jedoch deutlich und betrug im Dezember 2023 nur noch 3,4 %; die vorläufigen Daten für den April 2024 legen einen weiteren Rückgang der Inflation auf 2,4 % nahe (Europäische Kommissi-

6 Die Berechnung beruht auf der Genesis-Datenbank (62221-0001) und dem HVPI aus der AMECO-Datenbank (Stand: 15. Mai 2024). Zu den Unterschieden zwischen den beiden Tarifstatistiken siehe Fußnote 4.

TABELLE 3

Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen in der Europäischen Union, 2021–2024^A

Angaben in Prozent

	Nominallöhne ^B				Verbraucherpreise (HVPI) ^C				Reallöhne ^D			
	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Nordeuropa												
Dänemark	3,1	3,1	2,8	5,3	1,9	8,5	3,4	2,0	1,1	−5,0	−0,6	3,2
Finnland	4,2	2,5	3,4	2,6	2,1	7,2	4,3	1,4	2,1	−4,4	−0,9	1,2
Schweden	4,6	2,8	4,1	4,1	2,7	8,1	5,9	2,0	1,9	−4,9	−1,7	2,1
Westeuropa												
Belgien	4,4	7,3	7,7	3,5	3,2	10,3	2,3	4,0	1,1	−2,7	5,3	−0,5
Deutschland	3,1	3,9	5,8	4,9	3,2	8,7	6,0	2,4	−0,1	−4,4	−0,3	2,4
Frankreich	4,9	4,9	4,1	3,0	2,1	5,9	5,7	2,5	2,7	−1,0	−1,4	0,5
Irland	2,6	2,7	2,7	4,4	2,4	8,1	5,2	1,9	0,2	−5,0	−2,4	2,5
Luxemburg	5,1	5,8	7,3	3,6	3,5	8,2	2,9	2,3	1,6	−2,2	4,3	1,2
Niederlande	2,1	4,0	6,2	5,9	2,8	11,6	4,1	2,5	−0,7	−6,9	2,1	3,3
Österreich	2,9	4,7	7,7	7,1	2,8	8,6	7,7	3,6	0,1	−3,6	0,0	3,3
Südeuropa												
Griechenland	3,8	2,8	5,5	4,3	0,6	9,3	4,2	2,8	3,2	−6,0	1,3	1,4
Italien	6,3	4,8	2,4	3,8	1,9	8,7	5,9	1,6	4,3	−3,7	−3,3	2,2
Malta	4,1	3,1	1,5	2,7	0,7	6,1	5,6	2,8	3,4	−2,9	−3,8	−0,1
Portugal	5,1	5,7	8,1	3,3	0,9	8,1	5,3	2,3	4,1	−2,2	2,7	1,0
Spanien	4,5	4,1	5,4	4,0	3,0	8,3	3,4	3,1	1,4	−3,9	2,0	0,8
Zypern	4,3	1,1	5,6	3,9	2,3	8,1	3,9	2,4	2,0	−6,5	1,7	1,5
Osteuropa												
Bulgarien	11,3	14,2	13,3	10,4	2,8	13,0	8,6	3,1	8,2	1,0	4,3	7,1
Estland	9,3	8,1	7,6	5,5	4,5	19,4	9,1	3,4	4,6	−9,5	−1,4	2,1
Kroatien	6,4	11,4	11,3	9,4	2,7	10,7	8,4	3,5	3,6	0,7	2,7	5,7
Lettland	8,5	12,2	12,6	5,7	3,2	17,2	9,1	1,6	5,1	−4,3	3,3	4,0
Litauen	11,9	11,4	10,2	8,2	4,6	18,9	8,7	1,9	6,9	−6,3	1,4	6,2
Polen	4,7	9,1	13,4	10,1	5,2	13,2	10,9	4,3	−0,5	−3,7	2,3	5,5
Rumänien	6,4	13,3	18,2	11,5	4,1	12,0	9,7	5,9	2,2	1,2	7,7	5,3
Slowakei	6,9	5,5	10,4	7,8	2,8	12,1	11,0	3,1	4,0	−5,9	−0,5	4,5
Slowenien	8,1	5,0	11,8	6,1	2,0	9,3	7,2	2,8	5,9	−4,0	4,3	3,2
Tschechien	5,0	6,0	7,0	7,3	3,3	14,8	12,0	2,5	1,7	−7,7	−4,4	4,7
Ungarn	8,2	17,0	14,0	11,7	5,2	15,3	17,0	4,1	2,9	1,5	−2,6	7,3
EU-27	4,4	4,5	5,7	4,9	2,9	9,2	6,4	2,8	1,4	−4,2	−0,6	2,0

Anmerkung: Alle Angaben beruhen auf dem Personenkonzept (nicht auf Vollzeitäquivalenten). Dadurch ergeben sich für Frankreich, die Niederlande, Italien, Spanien sowie die EU-27 Abweichungen zu den Veröffentlichungen der Europäischen Kommission (2024). Die Europäische Kommission verwendet zur Berechnung der Reallöhne im Unterschied zum WSI den Preisindex für den privaten Konsum; auch hierdurch kommt es zu geringfügigen Abweichungen zwischen beiden Veröffentlichungen.

- A Angaben für 2024: Prognose der Europäischen Kommission
- B Nominallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer*in, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (nicht arbeitszeitbereinigt)
- C Verbraucherpreise = Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
- D Reallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer*in inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (nicht arbeitszeitbereinigt)

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2024); Berechnungen des WSI

on 2024, S.37). Dies stützt die Prognose der Kommission, dass die am HVPI gemessene Inflationsrate auch für das Gesamtjahr 2024 mit 2,8% relativ moderat ausfällt (Tabelle 3). Während im vergangenen Jahr insbesondere die Entwicklung der Energiepreise den Inflationsdruck gebremst hat, tragen derzeit die Preise für Lebensmittel und Industriegüter zu einer rückläufigen Inflationsrate bei;

der größte verbliebene Preisdruck geht hingegen von den Dienstleistungen aus (ebd.; Cipollone 2024, Abb. 2). Besonders hohe Preissteigerungsraten mussten auch im Jahr 2023 die Beschäftigten in den osteuropäischen EU-Ländern verkraften. Die EZB führt in einer Analyse der Inflationstreiber in den östlichen Mitgliedstaaten des Euro-Raums mehrere Gründe für den überdurchschnitt-

lichen Preisauftrieb an, darunter eine energieintensive Produktion, einen höheren Anteil von Lebensmitteln und Energie am HVPI-Warenkorb, eine stärkere Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland sowie von globalen Lieferketten. Ein weiterer gewichtiger Faktor sind die überdurchschnittlichen Profitmargen osteuropäischer Unternehmen. Während Unternehmensprofite in der ganzen EU zu den Inflationstreibern zählten (vgl. auch Hahn 2024 sowie Janssen/Lübker 2023, S. 290ff.), stiegen die Gewinne je BIP-Einheit in osteuropäischen Euro-Ländern überdurchschnittlich stark. Hierfür führt die EZB u.a. einen niedrigeren Konkurrenzdruck für große Unternehmen an, insbesondere in den kleineren osteuropäischen EU-Staaten (Falagiarda 2024).

Nach dem Rückgang um 4,2 % im Jahr 2022 sind die *Reallöhne* im EU-Durchschnitt im vergangenen Jahr um weitere 0,6 % gefallen, da auch das anziehende Nominallohnwachstum abermals die Inflation nicht ausgleichen konnte. Theodoropoulou (2024, S. 34) spricht in diesem Zusammenhang von einer „Krise der Lebenshaltungskosten“ (siehe auch Müller et al., S. 90f.). Die Situation in den EU-Ländern ist dabei heterogen: In zwölf der 27 EU-Ländern verloren die Beschäftigten 2023 weiter an Kaufkraft, darunter in Deutschland (–0,3 %), Frankreich (–1,4 %), Schweden (–1,7 %), Italien (–3,3 %) und Tschechien (–4,4 %). Trotz der enormen Steigerung der Nominallöhne gehören auch die ungarischen Beschäftigten (–2,6 %) zu den Verlierern. In vielen EU-Ländern gab es dagegen wieder Reallohnzuwächse, so in Belgien (5,3 %), dem westeuropäischen Land mit den größten realen Zugewinnen. Belgien hat ein System der automatischen Lohnindexierung, mit dem Arbeitnehmerentgelte automatisch an die Inflation angepasst werden. Maßstab für die Teuerungsrate ist hier jedoch nicht, wie im Europäischen Tarifbericht, der HVPI, sondern der „Gesundheitsindex“, der im Wesentlichen aus dem nationalen belgischen Verbraucherpreisindex (VPI) abzüglich Alkohol- und Tabakwaren sowie Mineralölprodukten gebildet wird (EZB 2008, S. 51f.; De Spiegelaere 2023, S. 4; s. a. Fn. 5 oben). Reale Lohnzuwächse verzeichneten auch die Beschäftigten in den Niederlanden (2,1 %), Portugal (2,7 %), Spanien (2,0 %), Polen (2,3 %) und Rumänien (7,7 %).

Für das Jahr 2024 weisen die Prognosedaten der Europäischen Kommission nach zwei Jahren des Wohlstandsverlusts für die Beschäftigten in der EU wieder auf Reallohnzuwächse hin. Sie könnten im EU-Durchschnitt bei etwa 2,0 % liegen. Leichte Kaufkraftverluste zeichnen sich nur noch in zwei Ländern ab, im kleinen Malta (–0,1 %) und in Belgien (–0,5 %), trotz des Systems der automatischen Lohnindexierung. Erklärt werden kann diese Diskrepanz durch die unterschiedlichen Indizes (HVPI vs. Gesundheitsindex; siehe auch STATBEL 2024).

Die größten Reallohnzuwächse werden 2024 für die osteuropäischen Länder erwartet, darunter Polen (5,5 %), Rumänien (5,3 %), Bulgarien (7,1 %) und Ungarn (7,3 %). Während die Prognosen für Italien (2,2 %), die Niederlan-

de (3,3 %) und Österreich (3,3 %) wieder von einem moderaten Zuwachs ausgehen, könnte dieser in anderen großen Volkswirtschaften wie Frankreich (0,5 %) und Spanien (0,8 %) deutlich schwächer ausfallen. Für Deutschland erwartet die Europäische Kommission für das Gesamtjahr einen Reallohnzuwachs von 2,4 %. Von Destatis (2024c) liegen zudem schon Daten vor, nach denen die Reallöhne im 1. Quartal 2024 gegenüber dem Vorjahresquartal um 3,8 % gestiegen sind. Hierzu trugen insbesondere Einmalzahlungen wie die Inflationsausgleichsprämie bei, sodass die Zahlen für das Gesamtjahr nur bedingt aussagekräftig sind.

4.2 Verteilungsbilanz und funktionale Einkommensverteilung

Gleicht man den rechnerischen Verteilungsspielraum (Tabelle 2) mit der tatsächlichen, nominalen Lohnentwicklung ab, erhält man die Verteilungsbilanz (Tabelle 4). In den Jahren 2021 (–2,7 %) und 2022 (–2,1 %) fällt diese deutlich negativ aus. Dies impliziert, dass die Nominallöhne weniger stark gestiegen sind, als die Entwicklung von Produktivität und BIP-Deflator dies nahegelegt hätte. Damit hat sich die funktionale Einkommensverteilung zuungunsten des Faktors Arbeit verschoben.⁷ Die hohen Nominallohnzuwächse (Tabelle 3) haben 2023 dafür gesorgt, dass die Verteilungsbilanz mit einem leichten Plus von 0,3 Prozentpunkten nahezu ausgeglichen war. Im laufenden Jahr 2024 könnte sich das Blatt mit einem Zuwachs von 1,2 Prozentpunkten wieder zugunsten der Beschäftigten wenden – ohne dass dabei jedoch die Verluste der Vorjahre wieder wettgemacht würden. Auch für Deutschland fällt die Verteilungsbilanz 2023 (0,2 Prozentpunkte) und voraussichtlich 2024 (1,6 Prozentpunkte) wieder positiv aus.

Die deutlich negative Verteilungsbilanz der Jahre 2021 und 2022 spiegelt sich folglich in der bereinigten Lohnquote wider, dem Verhältnis von Arbeitnehmerentgelten und Wertschöpfung: Seit dem Pandemie-Jahr 2020 (56,8 %, nicht tabellarisch ausgewiesen) ist sie sowohl 2021 (55,4 %) als auch 2022 (54,7 %) gesunken und hat sich erst 2023 (54,8 %) im Zuge der annähernd ausgeglichenen Verteilungsbilanz wieder stabilisiert. EZB-Direktionsmitglied Piero Cipollone (2024) zeigt, dass sich die Lohnquote in der Eurozone derzeit unterhalb des Niveaus befindet, das vor der Corona-Pandemie vorgeherrscht hat – obwohl die Beschäftigung deutlich gestiegen ist. Dies impliziert Aufholbedarf bei der Lohnentwicklung und damit ein vo-

7 Weil der Europäische Tarifbericht seit der Ausgabe 2022/2023 zur Berechnung des Verteilungsspielraums den BIP-Deflator anstelle des HVPI heranzieht, ergibt sich in der Mechanik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ein direkter Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Lohnquote und der Ausschöpfung des Verteilungsspielraums (s. a. Lübker/Schulten 2017, S. 423; Lübker 2020, S. 274).

TABELLE 4

Verteilungsbilanz und Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung, 2021–2024^A

Angaben in Prozentpunkten (Verteilungsbilanz) bzw. Prozent (Lohnquote)

	Verteilungsbilanz ^B				Lohnquote (bereinigt) ^C			
	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Nordeuropa								
Dänemark	-4,3	-3,8	5,9	0,2	53,5	51,6	54,7	54,8
Finnland	1,2	-0,7	0,2	0,7	52,9	52,5	52,6	53,0
Schweden	-3,0	-3,2	0,2	0,9	48,5	47,1	47,2	47,6
Westeuropa								
Belgien	-3,9	0,5	3,0	0,1	58,1	58,4	60,0	60,1
Deutschland	-3,0	-1,9	0,2	1,6	58,0	57,0	57,1	58,0
Frankreich	-0,1	2,1	-0,9	-0,3	57,8	59,0	58,5	58,3
Irland	-6,5	-6,7	8,1	2,2	29,8	28,0	30,4	31,0
Luxemburg	-3,9	2,1	7,3	-0,4	51,2	52,3	56,1	55,9
Niederlande	-5,1	-2,0	0,0	2,0	58,0	57,0	56,9	58,0
Österreich	-1,4	-2,8	2,0	3,0	56,7	55,2	56,3	57,9
Südeuropa								
Griechenland	-4,9	-8,3	0,0	0,0	51,9	48,1	48,0	48,0
Italien	-2,4	-1,1	-1,9	1,4	52,2	51,7	50,7	51,4
Malta	-7,4	-4,2	-2,8	-1,4	49,9	48,0	46,6	46,0
Portugal	-0,6	-4,7	-0,5	0,0	55,8	53,4	53,2	53,2
Spanien	-2,3	-3,2	0,2	0,7	57,1	55,4	55,5	55,9
Zypern	-5,1	-7,2	-0,1	-1,2	49,2	45,9	45,9	45,4
Osteuropa								
Bulgarien	-3,8	-7,0	4,9	4,7	58,7	55,3	57,8	60,4
Estland	-4,1	-2,3	6,2	1,7	54,3	53,1	56,4	57,3
Kroatien	-7,7	-2,1	2,4	2,5	52,0	51,1	52,2	53,4
Lettland	-5,1	0,2	7,6	0,0	54,8	54,9	58,9	58,9
Litauen	0,0	-2,3	5,0	4,1	53,9	52,8	55,4	57,6
Polen	-5,1	-3,4	2,6	2,6	49,1	47,6	48,7	49,9
Rumänien	-4,2	-4,4	2,6	1,3	49,0	47,1	48,2	48,8
Slowakei	-1,0	-2,1	-1,2	1,1	50,2	49,3	48,8	49,3
Slowenien	-1,6	-1,1	2,5	1,0	65,2	64,5	66,0	66,6
Tschechien	-1,6	-3,5	-0,4	3,7	52,5	50,9	50,7	52,5
Ungarn	-4,4	-0,6	0,5	4,0	43,2	43,0	43,1	44,7
EU-27	-2,7	-2,1	0,3	1,2	55,4	54,7	54,8	55,4

^A Angaben für 2024: Prognose der Europäischen Kommission^B Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachses und des Verteilungsspielraums auf Basis des BIP-Deflators, in Prozentpunkten^C Lohnquote (bereinigt) = Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer*in, in % des BIP pro Erwerbstätigem (jeweils zu laufenden Marktpreisen, Personenkonzept, nicht arbeitszeitbereinigt)

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2024), Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

übergehendes Überschreiten des rechnerischen Verteilungsspielraums. Wie oben dargelegt, könnte es im laufenden Jahr genau dazu kommen. In der Prognose steigt die bereinigte Lohnquote im Jahr 2024 wieder auf 55,4 %, was dem Mittel der Jahre 2000 bis 2019 entspräche (Janssen/Lübker 2023, S. 290).

Das stärkere Wachstum der Nominallöhne im vergangenen und laufenden Jahr führt somit zur Stabilisierung und perspektivisch auch zu einer Normalisierung der

Lohnquote, nachdem die Arbeitnehmerentgelte während der jüngsten Krisenjahre Einbußen hinnehmen mussten. Parallel zur Erholung bei der Lohnentwicklung verlangsamte sich das Wachstum der Stückgewinne aufseiten der Unternehmen, nachdem diese auf dem Höhepunkt der Krise im ersten Quartal 2023 einen historischen Höchststand erreicht hatten und ein wesentlicher Treiber der inländischen Preisentwicklung waren. Wie vom Europäischen Tarifbericht des Vorjahres als mögliches (und wün-

schenswertes) Szenario beschrieben, scheinen die Unternehmen die gestiegenen Lohnkosten nun über eine Normalisierung der Profite zu kompensieren, sodass von der Lohnentwicklung kein zusätzlicher Preisdruck im Sinne einer Lohn-Preis-Spirale ausgeht (Europäische Kommission 2024, S. 42; EZB 2024, S. 2; Janssen/Lübker 2023, S. 294). Stattdessen erhöht das reale Lohnwachstum die Kaufkraft der Haushalte, sodass der private Konsum einen wichtigen Wachstumsimpuls auf dem Weg aus der Krise geben könnte (EZB 2024, S. 5; s. a. Cipollone 2024).

5 Krisenverluste belasten die Beschäftigten weiterhin

Rückgängige Inflationsraten, eine verhaltene Rückkehr des BIP-Wachstums und moderat steigende Reallöhne – bei einer oberflächlichen Betrachtung der in den vorangegangenen Abschnitten dargestellten Kennzahlen ließe sich der Eindruck gewinnen, Europa habe die Krise überwunden und sei zurück auf dem Weg in die Normalität. Der in der öffentlichen Wahrnehmung weit verbreitete Fokus auf die Veränderungsraten versperrt jedoch den Blick auf das eigentlich Entscheidende, die Niveaus: Die Verbraucherpreise haben sich dauerhaft erhöht und das BIP liegt durch die Auswirkungen der Doppel-Krise – Corona-Pandemie und Energiepreisschock – weit unterhalb des Wertes, der bei einer Fortsetzung des Vorkrisentrends zu erwarten gewesen wäre. Krebs und Weber (2024, S. 18) sprechen deshalb für Deutschland von einem Hystereseeffekt, also einem langanhaltenden und nicht nur vorübergehenden Verlust der Wirtschaftsleistung.

Dieser Abschnitt widmet sich den Auswirkungen der Krisen auf das Reallohniveau. Ausgangspunkt hierfür ist das Niveau des Jahres 2021. Das Basisjahr ist damit schon von den negativen Effekten der Corona-Pandemie und ersten Vorläufern anziehender Verbraucherpreise gekennzeichnet (Lübker/Janssen 2022). Mit voller Wucht erfasste der Inflationsschock Europa jedoch erst mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022 (Janssen/Lübker 2023). Die Prognose der Europäischen Kommission (2021) vom Herbst 2021 – die noch in Unkenntnis der kommenden Ereignisse geschrieben wurde – ist damit eine geeignete Basis, um eine „normale“ Entwicklung ohne Kriseneinfluss mit der tatsächlichen Entwicklung zu vergleichen. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass Wirtschaftsprognosen immer mit Unsicherheit verbunden sind und sich in der Vergangenheit als zu optimistisch herausgestellt haben (Frankel/Schreger 2013).

In *Abbildung 5* wird für die Europäische Union als Ganze und für die fünf wichtigsten Volkswirtschaften zunächst die im Herbst 2021 prognostizierte Entwicklung der Reallöhne bis ins Jahr 2023 abgetragen, wobei 2021 als

Basisjahr mit 100 indiziert ist (blaue Linie). Bei erwarteten Wachstumsraten von 1,2 % (2022) bzw. 1,4 % (2023) hätte sich für die EU-27 ein kumulatives Wachstum der Reallöhne auf einen Indexwert von 102,6 im Jahr 2023 ergeben. Für die großen Volkswirtschaften reicht die Spannbreite von 101,7 (Niederlande) über 102,6 (Deutschland) bis zu 103,4 (Italien). Das Basisszenario ist damit von einem stetigen, wenn auch nur moderaten Reallohnwachstum gekennzeichnet.

Dem steht die tatsächliche Entwicklung mit dem dramatischen Einbruch der Reallöhne gegenüber: Für die EU-27 sinkt der Indexwert auf 95,8 im Jahr 2022 und auf 95,2 im Jahr 2023 (schwarze Linie). In Deutschland als größter Volkswirtschaft ist die Entwicklung nahezu parallel mit Werten von 95,6 (2022) und 95,3 (2023).⁸ Hier spiegelt sich die Stabilisierung der Reallöhne im vergangenen Jahr wider (siehe auch Abschnitt 4.1). In Frankreich und Italien setzte sich der Reallohnverlust hingegen im vergangenen Jahr weiter fort, während in Spanien und den Niederlanden ein leichter Reallohnzuwachs zu verzeichnen ist. Für das laufende Jahr rechnet die Europäische Kommission (2024) sowohl für die EU-27 insgesamt als auch für die hier betrachteten Länder mit einer weiteren Erholung der Reallöhne. Im EU-Durchschnitt dürfte jedoch erst im Jahr 2025 das Reallohniveau des Jahres 2021 wieder erreicht werden (Europäische Kommission 2024, S. 3).

Um das volle Ausmaß der Reallohnverluste abzuschätzen, ist ein Vergleich mit dem Basisszenario – also der Prognose vom Herbst 2021 – sinnvoll. Für die EU-27 lagen die Reallöhne im Jahr 2022 um 5,3 % unterhalb des prognostizierten Wertes, im Jahr 2023 sogar um 7,2 % (blaue Balken in *Abbildung 5*). In Deutschland ist der Einbruch mit einem Minus von 5,4 % (2022) und 6,8 % (2023) ähnlich hoch, während er in Frankreich mit 1,9 % (2022) bzw. 4,2 % (2023) deutlich geringer ausfällt. In Italien (5,9 % bzw. 9,9 %) weitet sich der Abstand ebenfalls aus, während in Spanien ein klassischer Hystereseeffekt zu beobachten ist: Der Schock des Jahres 2022 (–5,0 %) bleibt im Folgejahr (–4,9 %) nahezu unverändert bestehen. Eine Aufholbewegung ist allenfalls in den Niederlanden zu erkennen, wo sich der Rückstand gegenüber dem Basisszenario im Jahr 2023 leicht verringert.

Die Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von der ursprünglichen Prognose⁹ gehen in erster Linie darauf zurück, dass die außerordentlich hohen Preissteigerungsraten der Folgejahre im Herbst 2021 noch nicht vorherzu-

8 Siehe auch Theodoropoulou (2024, S. 34) für eine ähnliche Darstellung für alle EU-Mitgliedstaaten auf Basis einer älteren Version der AMECO-Datenbank.

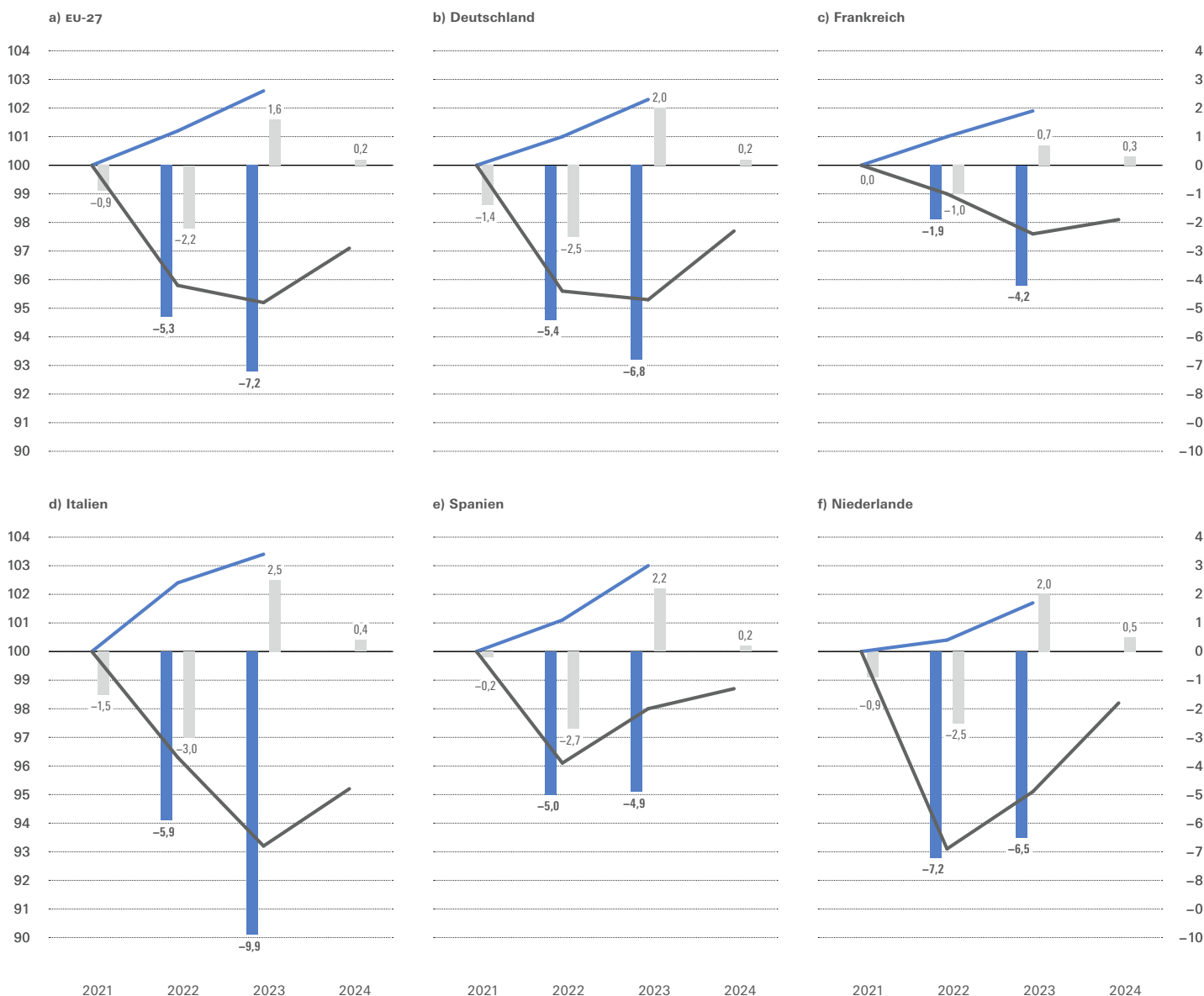
9 Die Angaben in diesem und folgendem Absatz beruhen auf der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Versionen vom 11. November 2021 und 15. Mai 2024) sowie Berechnungen des WSI und sind in *Abbildung 5* nicht ausgewiesen.

ABBILDUNG 5

Prognostizierte und tatsächliche Reallohnentwicklung in der Europäischen Union, 2021–2024^A

Index, 2021 = 100

- Prognose der Europäischen Kommission vom Herbst 2021
 — Tatsächliche Entwicklung bzw. aktuelle Prognose der Europäischen Kommission^A
 ■ Niveauunterschied, in % des prognostizierten Wertes (rechte Achse)
 ■ Effekt der ‚Terms of Trade‘ auf das Realeinkommen, in % des BIP zu konstanten Preisen des Vorjahres (rechte Achse)



Anmerkung: Alle Angaben beruhen auf dem Personenkonzept (nicht auf Vollzeitäquivalenten). Dadurch ergeben sich für Frankreich, die Niederlande, Italien, Spanien sowie die EU-27 Abweichungen zu den Veröffentlichungen der Europäischen Kommission (2024).

Reallöhne sind die nominalen Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer*in, inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) (nicht arbeitszeitbereinigt). Die Europäische Kommission verwendet zur Berechnung der Reallöhne im Unterschied zum WSI den Preisindex für den privaten Konsum; auch hierdurch kommt es zu geringfügigen Abweichungen zwischen beiden Veröffentlichungen.

A Angaben für 2024: Prognose der Europäischen Kommission

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Versionen vom 11. November 2021 und dem 15. Mai 2024), Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

sehen waren (EZB 2022; s. a. Chahad et al. 2022). Für die EU-27 lag die Inflation im Jahr 2022 um 6,7 Prozentpunkte oberhalb des prognostizierten Wertes, für 2023 abermals um 4,8 Prozentpunkte. Die Nominallohnentwicklung lag

hingegen 2022 nur geringfügig oberhalb der Erwartungen (plus 0,8 Prozentpunkte); eine Aufholbewegung trat erst 2023 mit einem zusätzlichen Nominallohnwachstum um 2,7 Prozentpunkte ein. Dies verdeutlicht erneut, dass die

Lohnentwicklung kein entscheidender Inflationstreiber war, sondern erst verzögert auf das neue Preisniveau reagierte und so einen großen Teil des volkswirtschaftlichen Wohlstandsverlustes absorbierte (siehe oben; vgl. auch Cipollone 2024).

Hinter den Durchschnittswerten verbergen sich auf nationaler Ebene deutliche Unterschiede, wobei der direkte Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich besonders aufschlussreich ist: In Frankreich fiel 2022 der zusätzliche Inflationsschub (plus 6,4 Prozentpunkte gegenüber der Prognose) relativ gering aus, während die Nominallöhne (plus 1,8 Prozentpunkte) deutlich stärker als erwartet stiegen. Im Unterschied dazu waren in Deutschland die zusätzlichen Preissteigerungen (plus 3,8 Prozentpunkte) besonders ausgeprägt, während sich die Nominallöhne (plus 0,6 Prozentpunkte) im Jahr 2022 weitgehend wie erwartet entwickelten. Eine plausible Erklärung hierfür sind Unterschiede in den nationalen Lohnsetzungssystemen. In Frankreich wurde der Mindestlohn SMIC aufgrund von Indexierungsklauseln bereits im Jahresverlauf 2022 mehrfach an die gestiegenen Preise angepasst (Lübker/Schulten 2023, S. 119). Anpassungen des SMIC haben in der Regel auch Rückwirkungen auf die Tariflöhne (Delahaie/Vincent 2021). In Deutschland werden hingegen sowohl der Mindestlohn als auch Tariflöhne mit relativ langem Vorlauf ausgehandelt, sodass diese nur sehr eingeschränkt auf kurzfristige Entwicklungen reagieren können.

Gestiegene Importpreise, insbesondere für fossile Energieträger, werden in der öffentlichen Debatte immer wieder als entscheidender Faktor für den Preisauftrieb und damit die Reallohnverluste angeführt (z. B. BMWK 2022). In der Tat haben sich 2022 die Importpreise aus europäischer Sicht im Verhältnis zu den Exportpreisen ungünstig entwickelt, die realen Austauschverhältnisse – besser bekannt unter dem englischen Begriff *Terms of Trade* – haben sich also verschlechtert. Die Europäische Kommission beziffert den damit verbundenen Wohlfahrtsverlust EU-weit auf 2,2 % des BIP im Jahr 2022 (grauer Balken in *Abbildung 5*). Deutschland (Wohlfahrtsverlust: 2,5 % des BIP) war aufgrund seiner Abhängigkeit von Energieimporten hiervon besonders betroffen, während der Wohlfahrtsverlust in Frankreich mit 1,0 % des BIP deutlich geringer ausfiel. Trotzdem reicht die Verschlechterung der *Terms of Trade* von der Größenordnung her nicht aus, um die Reallohnverluste zu erklären. Bemerkenswert ist auch, dass sich die *Terms of Trade* im Zuge der rückgängigen Energie- und Rohstoffpreise im Jahr 2023 wieder deutlich verbessert haben, ohne dass dies zu entsprechenden Reallohngegewinnen geführt hat.

Krebs und Weber (2024, S. 10) argumentieren, dass zusätzlich zum *Terms of Trade*-Schock der Anstieg der Gewinnmargen im Jahr 2022 erheblich zur Inflation beigetragen hat – und damit zu den Reallohnverlusten. Zu der importierten Inflation kam damit eine hausgemachte Komponente hinzu. Wie der Europäische Tarifbericht im Vorjahr an dieser Stelle dargelegt hat, lässt sich dies am

ausgesprochen hohen Beitrag der Gewinne zum BIP-Deflator ablesen (Janssen/Lübker 2023, S. 290ff.). Das korrespondiert mit der fallenden Lohnquote und damit der Verschiebung der funktionalen Einkommensverteilung zu Ungunsten der Löhne (siehe oben).

6 Ausblick: Reallohnwachstum kann wirtschaftliche Stabilisierung stützen

Der Europäische Tarifbericht geht regelmäßig der Frage nach, was die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Tarifpolitik in der Europäischen Union sind – und welche Rolle umgekehrt die Entwicklung der (Tarif-)Löhne für das gesamtwirtschaftliche Umfeld hat. Bezogen auf den Höhepunkt der Inflationskrise formuliert Pietro Cipollone, Mitglied des EZB-Direktoriums, diesen Zusammenhang sinngemäß so: Als die Preise aufgrund des *Terms of Trade*-Schocks 2022 schlagartig stiegen, waren es die Beschäftigten, die durch niedrigere Reallöhne den Wohlfahrtsverlust zu großen Teilen absorbierten (Cipollone 2024). Zur gleichen Zeit konnten viele Unternehmen ihre Profitmargen erhöhen, was diese gleichermaßen zu Inflationsgewinnern und -treibern machte (Janssen/Lübker 2023, S. 290ff.; Hahn 2023; Europäische Kommission 2023, S. 29ff.; Weber/Wasner 2023). In der Konsequenz ergab sich für die Jahre 2021 und 2022 eine gesunkene Lohnquote am Volkseinkommen (siehe *Tabelle 4*). In der funktionalen Einkommensverteilung kam es also zu einer Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen in der Europäischen Union.

Vor diesem Hintergrund hat der Europäische Tarifbericht im vergangenen Jahr gefragt, ob Europa einen gerechten Ausgang aus der Krise findet (Janssen/Lübker 2023, S. 293). Ein zumindest ansatzweise „gerechter“ sowie an stabilitätspolitischen Kriterien orientierter Ausgang aus diesem Szenario, so die damalige Argumentation, wäre es, wenn die zuvor erhöhten Profite nunmehr als Puffer dienten, während Beschäftigte und Gewerkschaften durch höhere Tarifabschlüsse vorherige Verluste in Form von wieder steigenden Reallöhnen aufholen könnten. Gleichzeitig würde so eine „Kombination aus Gewinn-Preis- und Lohn-Preis-Spirale“ (Lesch/Eckle 2023, S. 22) verhindert. Auch unter Stabilitätskriterien betrachtet ist in der aktuellen Phase wirtschaftlicher Erholung weiteres Lohnwachstum geboten, das auch oberhalb des rechnerischen Verteilungsspielraums liegen kann. Nur so lässt sich der Einbruch der Reallöhne während der Krise zumindest ansatzweise ausgleichen, um den privaten Konsum zu fördern und damit die Konjunktur zu stützen (EZB 2024, S. 5; Cipollone 2024).

Die Prognosen für das aktuelle Jahr legen nahe, dass dieses Szenario tatsächlich eintreten könnte. Für die Eu-

ropäische Union erwartet die Europäische Kommission (2024) ein reales Lohnwachstum von 2,0 % (Tabelle 3). Dies schlägt sich in einer aus Sicht der Beschäftigten positiven Verteilungsbilanz nieder und führt zu einer Normalisierung der zuvor gefallen Lohnquote. Ein dauerhaft von der Produktivität entkoppeltes Lohnwachstum zeichnet sich derzeit nicht ab (Europäische Kommission 2024, S. 4). Schon im Jahr 2025 dürfte das Produktivitätswachstum wieder auf 1,2 % steigen, während sich das Wachstum der Nominallöhne auf 3,5 % verlangsamt (ebd.). Damit liegen die Prognosen in der Nähe der Werte, die mit der Zielinflationsrate der EZB von 2 % vereinbar sind (s. a. Cipollone 2024).

Auf den ersten Blick scheint Europa somit tatsächlich einen „gerechten“ Weg aus der Krise eingeschlagen zu haben. Bei genauerem Hinschauen stellt sich die Sachlage jedoch komplexer dar. Denn wie in Abschnitt 5 argumentiert, greift der alleinige Fokus auf die Veränderungsraten zu kurz, will man die Konsequenzen der Krise für die realen Arbeitseinkommen ermessen. So zeigt der vorliegende Europäische Tarifbericht, dass die Reallöhne auch in dem oben dargelegten optimistischen Szenario weiterhin deutlich unterhalb des Niveaus von 2021 liegen und das Ausgangsniveau frühestens im Jahr 2025 wieder erreichen dürften. Noch deutlicher fällt der Reallohn einbruch aus, wenn als Vergleichsmaßstab der stetige, wenngleich moderate Zuwachs der Reallöhne verwendet wird, den die Europäische Kommission noch im Herbst 2021 prognostiziert hatte (siehe Abbildung 5). Verglichen mit diesem Basisszenario lagen die Reallöhne sowohl in der EU-27 als auch in Deutschland im Jahr 2023 jeweils rund 7 % unterhalb des Wertes, der bei einer „normalen“ Entwicklung zu erwarten gewesen wäre.

Die Analyse zeigt auch, dass die Wohlfahrtsverluste bei den Reallöhnen nicht allein durch die Verschlechterung der *Terms of Trade* erklärt werden können – zumal die dadurch im Jahr 2022 verursachten Wohlfahrtsverluste im vergangenen Jahr wieder weitgehend kompensiert wurden. Tatsächlich waren es die erhöhten Profitmargen, die erheblich zum inländischen Preisauftrieb und damit zu den nachhaltigen Wohlfahrtsverlusten bei den Reallöhnen beitrugen (Cipollone 2024; Arce et al. 2023). Auch unter dieser Perspektive ist deshalb eine Aufholbewegung bei den Löhnen geboten. ■

LITERATUR

- Arce, O. / Hahn, E. / Koester, G. (2023): How tit-for-tat Inflation can Make Everyone Poorer, The ECB Blog vom 30. März 2023, <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2023/html/ecb.blog.230330~00e522ecb5.en.html>
- Arce, O. / Sondermann (2024): Low for Long? Reasons for the Recent Decline in Productivity. The ECB Blog vom 6. Mai 2024, <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2024/html/ecb.blog.20240506~fgc0c49ff7.en.html>
- Baudry, L. / Gautier, E. / Tarrieu, S. (2024): Negotiated Wage Increases for 2024: Where Do We Stand? Eco Notepad Post No. 349 vom 27. März 2024, Banque de France, <https://www.banque-france.fr/en/publications-and-statistics/publications/negotiated-wage-increases-2024-where-do-we-stand>
- Bellon, M. / Gnewuch, M. (2023): Building Resilience in Times of Inflation-induced Inequality. ESM Blog vom 28. August 2023, European Stability Mechanism (ESM), <https://www.esm.europa.eu/blog/building-resilience-times-inflation-induced-inequality>
- BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) (2022): Preisanstieg belastet Kaufkraft und Löhne – Untere Einkommensgruppen sind besonders betroffen, in: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Monatsbericht 11/2022, S. 12–14
- Chahad, M. / Hofmann-Drahonsky, A. / Meunir, B. / Page, A. / Tírpák, M. (2022): Erklärungen für die jüngsten Fehler in den Inflationsprojektionen des Eurosystems und der EZB, in: EZB-Wirtschaftsbericht 3/2022, S. 60–69
- Cipollone, P. (2024): The Confidence to Act: Monetary Policy and the Role of Wages During the Disinflation Process, Rede vom 27. März 2024, <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2024/html/ecb.sp240327~30a05c6862.en.html>
- Delahaie, N. / Vincent, C. (2021): The SMIC as a Driver for Collective Bargaining: The Interplay of Collective Bargaining and Minimum Wage in France, in: Dingeldey, I. / Grimshaw, D. / Schulten, T. (Hrsg.), Minimum Wage Regimes: Statutory Regulation, Collective Bargaining and Adequate Levels, London, S. 162–188
- Destatis (Statistisches Bundesamt) (2021): Index der Tarifverdienste – Methodische Erläuterungen, https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Tarifverdienste-Tarifbindung/Methoden/Downloads/Tarifindex.pdf?__blob=publicationFile
- Destatis (2024a): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Lohnkosten, Inflation und Produktivität, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Methoden/verteilungsspielraum.html>
- Destatis (2024b): Tarifverdienste 2023 um 3,7 % höher als im Vorjahr, Pressemitteilung Nr. 080 vom 1. März 2024, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/03/PD24_080_622.html
- Destatis (2024c): Reallöhne im 1. Quartal 2024 um 3,8 % höher als im Vorjahresquartal, Pressemitteilung Nr. 221 vom 29. Mai 2024, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/05/PD24_211_62321.html
- Deutsche Bundesbank (2023): Sinkende Inflation, aber noch keine Entwarnung – Perspektiven der deutschen Wirtschaft bis 2026, in: Monatsbericht 75 (12), S. 15–36, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/920342/b4a-237degf9288ffa511a87e5ae75c73/mL/2023-12-prognose-data.pdf>
- Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Hohlfeld, P. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, S. / Tober, T. / Watzka, S. (2024): Wirtschaftspolitik verhindert schnelle Konjunkturerholung. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2024/2025. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Report Nr. 188, Düsseldorf, https://www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008828/p_imk_report_188_2024.pdf
- Eurofound (2022): Collective Bargaining Coverage. European Industrial Relations Dictionary, Dublin, <https://www.eurofound.europa.eu/en/european-industrial-relations-dictionary/collective-bargaining-coverage>
- Eurofound (2024): Developments in Working Life 2023, Dublin (im Erscheinen), <https://www.eurofound.europa.eu/de/publications/2024/developments-working-life-2023>
- Europäische Kommission (2023): European Economic Forecast. Spring 2023. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union: Institutional Paper 200, Luxemburg
- Europäische Kommission (2024): European Economic Forecast. Spring 2024. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union: Institutional Paper 286, Luxemburg
- EZB (Europäische Zentralbank) (2008): Monthly Bulletin May 2008, <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/mobu/mb200805en.pdf>
- EZB (2024): ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, March 2024, https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecb.projections202403_ecbstaff~f2f2d34d5a.en.pdf
- Falagiarda, M. (2024): Inflation in the Eastern Euro Area: Reasons and Risks, The ECB Blog vom 10. Januar 2024, <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2024/html/ecb.blog.240110~4901f29da7.en.html>
- Frankel, J. / Schreger, J. (2013): Over-optimistic Official Forecasts and Fiscal Rules in the Eurozone, in: Review of World Economics 149 (2), S. 247–272
- Fuest, C. / Jäger, S. (2023): Können höhere Löhne zur Überwindung des Fachkräftemangels beitragen?, in: Wirtschaftsdienst 103 (4), S. 253–258
- Górnicka, L. / Koester, G. (2024): A Forward-looking Tracker of Negotiated Wages in the Euro Area. Europäische Zentralbank: Occasional Paper Series, Frankfurt a. M., <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecb.op338~dd97c1f69e.en.pdf>
- Hahn, E. (2023): Gewinne je BIP-Einheit und ihr Beitrag zur jüngsten Zunahme des binnenwirtschaftlichen Preisdrucks im Euroraum, in: Wirtschaftsbericht der Europäischen Zentralbank, Ausgabe 4/2023, S. 67–77, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/912412/6b0c6e5c11246c7d6b54d2174ec2cboe/mL/2023-04-ebz-wb-data.pdf>
- Herzog-Stein, A. / Stein, U. (2023): Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2022: Energiepreisschocks führen zu steigenden Arbeitskosten bei fallenden Reallöhnen. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK-Report Nr. 183, Düsseldorf
- Holton, S. / Koester, G. (2024): Tracking Euro Area Wages in Exceptional Times, The ECB Blog vom 23. Mai 2024, <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2024/html/ecbblog20240523~1964e193b7.en.html>

IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (2024): Arbeitskräfteknappheits-Index, Nürnberg, <https://iab.de/daten/arbeitskraefteknappheits-index>

IWF (Internationaler Währungsfonds) (2024): World Economic Outlook – Steady but Slow: Resilience amid Divergence, Washington, D. C., <https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/WEO/2024/April/English/text.ashx>

Janssen, T. / Lübker, M. (2023): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2022/2023 – Inflationsschock lässt Reallöhne europaweit einbrechen, in: WSI-Mitteilungen 76 (4), S. 280–295

Lane, P. (2024): Interview with Corriere della Sera, 13. Januar 2024, <https://www.ecb.europa.eu/press/inter/date/2024/html/ecb.in240113~63455aof8c.en.html>

Lesch, H. / Eckle, L. (2023): Konzertierte gegen die Lohn-Preis-Spirale, Tarifpolitischer Bericht 2. Halbjahr 2022. Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Report Nr. 11, Köln

Lesch, H. (2024): Die deutsche Lohnpolitik zwischen Inflation und Stagnation, in: IW-Trends 51 (2), S. 81–99, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Trends/PDF/2024/IW-Trends_2024-02-05-Lesch.pdf

Lopez-Garcia, P. / Szörfi, B. (2021): Key Factors behind Productivity Trends in Euro Area Countries, in: Economic Bulletin Juli 2021, S. 92–114

Lübker, M. (2020): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2019/2020: Tarifpolitik in Zeiten der Corona-Pandemie, in: WSI-Mitteilungen 73 (4), S. 266–277

Lübker, M. / Janssen, T. (2022): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2021/2022: Tarifpolitik im Zeichen von Krise, Krieg und Inflation, in: WSI-Mitteilungen 75 (4), S. 314–327

Lübker, M. / Schulten, T. (2017): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2016/2017: Lohnentwicklung und Ungleichheitsdynamiken, in: WSI-Mitteilungen 70 (6), S. 421–431, https://www.wsi.de/data/wsimit_2017_06_luebker.pdf

Lübker, M. / Schulten, T. (2023): WSI-Mindestlohnbericht 2023: Kaufkraftsicherung als zentrale Aufgabe in Zeiten hoher Inflation, in: WSI-Mitteilungen 76 (2), S. 112–122

Lübker, M. / Schulten, T. (2024): WSI-Mindestlohnbericht 2024. Reale Zugewinne durch die Umsetzung der Europäischen Mindestlohnrichtlinie, in: WSI-Mitteilungen 77 (2), S. 107–119

Müller, T. / Vandale, K. / Zwysen, W. (2024): Wages and Collective Bargaining: The Adequate Minimum Wages Directive as a Game Changer, in: Piasna A. / Theodoropoulou, S. (Hrsg.): Benchmarking Working Europe 2024, Brussels, S. 87–113, https://www.etui.org/sites/default/files/2024-04/Benchmarking%20Working%20Europe%202024%20The%20ongoing%20quest%20for%20Social%20Europe_2024.pdf

Schulten, T. / WSI-Tarifarchiv (2024): Tarifpolitischer Jahresbericht 2023: Offensiver Tarifpolitik angesichts anhaltend hoher Inflationsraten, in: WSI-Mitteilungen 77 (2), S. 120–130

De Spiegelaere, S. (2023): All rise – Automatic Wage Increases in Collective Agreements in Europe, UNI Europa Snapshot Report 2023 – 01, https://www.uni-europa.org/wp-content/uploads/sites/3/2023/04/22_02_2023_indexation-1.pdf

STATBEL (Belgisches Statistikamt) (2024): Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) – April 2024, veröffentlicht am 15. Mai 2024, <https://statbel.fgov.be/de/themen/verbraucherpreise/harmonisierter-verbraucherpreisindex-hicp>

Theodoropoulou, S. (2024): European Macroeconomic Policies amidst Shifting Priorities, in: Piasna A. / Theodoropoulou, S. (Hrsg.): Benchmarking Working Europe 2024, Brussels, S. 27–50, https://www.etui.org/sites/default/files/2024-04/Benchmarking%20Working%20Europe%202024%20The%20ongoing%20quest%20for%20Social%20Europe_2024.pdf

Weber, I. / Wasner, E. (2023): Seller's Inflation, Profits and Conflict: Why Can Large Firms Hike Prices in an Emergency? University of Massachusetts: Economics Department Working Paper Series 343, Amherst

AUTOREN

THILO JANSSEN ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und Korrespondent für die europäische Stiftung Eurofound. Forschungsschwerpunkte: Europäische Arbeitsbeziehungen und europäische Integration.

@ thilo-janssen@boeckler.de

MALTE LÜBKER, Dr., ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Löhne, Tarifpolitik, personale und funktionale Einkommensverteilung und Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat.

@ malte-luebker@boeckler.de